

# "Man stochert im Nebel"

**ORTENAU. Nur noch zehneinhalb Wochen sind es bis dahin, doch noch ist in Sachen Nato-Gipfel vieles in der Öffentlichkeit nicht bekannt. Wird wie in Heiligendamm 2007 ein Zaun errichtet? Müssen Kehler Unternehmen befürchten, dass ihre Produktion für Tage behindert wird? Wo werden denn nun die Camps für die Gipfel-Gegner errichtet? Die Kritik an den Verantwortlichen in Bonn, Paris und Brüssel wächst – bisweilen noch sehr verhalten und nur hinter vorgehaltener Hand, bisweilen auch sehr unverhohlen.**

Der Nato-Gipfel am 3. und 4. April rückt immer näher, und hier und da werden – eingedenk der letzten Veranstaltung in Heiligendamm – wahre Horrorszenarien bemüht – auch deshalb weil die Öffentlichkeit vom Stand der Planung weitgehend ausgeschlossen ist.

So weiß man auch in der Stadtverwaltung Kehl noch längst keine Details. Allerdings betont Pressesprecherin Annette Lipowsky auch: "Wir sind nicht in der Veranstalterrolle." Die Stadt sei lediglich amtlicherseits um Unterstützung der Veranstaltung gebeten worden. So habe man veranlasst, dass vom 27. März bis zum 7. April alle städtischen Hallen für den Schul- und Vereinssport gesperrt sind. In Sachen Sperrung sei noch längst nichts geregelt. Es sei auch noch nicht mal klar, ob für das Gruppenfoto der Regierungschefs auf einer der Brücken eigens ein Zaun errichtet wird.

"Ich habe noch niemanden gefunden, der sich für den bevorstehenden Gipfel begeistert hätte", sagte gestern auf Anfrage der BZ Karlheinz Hillenbrand, Direktor der Hafenvverwaltung. Neulich habe man mit der Polizei die Unternehmen vor Ort über den Gipfel informiert. Mit dem Ergebnis, dass es noch viele offene Fragen gebe: "Man stochert wirklich im Nebel."

Kritik in dieser Richtung äußerte diesbezüglich am Montag bei einer Veranstaltung der WRO in Kehl auch Horst Weitzmann von den Badischen Stahlwerken. Müssten Firmen befürchten, dass die Produktion für Tage lahm gelegt werde? "Wenn vier Tage hier Ruhe ist, suche ich noch jemanden, dem ich eine Rechnung schicken kann." Pro Tag Produktionsstillstand fielen allein in seinem Unternehmen zwei Millionen Euro Wertschöpfung weg. Im Hafen gibt es immerhin 100 Firmen mit 4000 Arbeitsplätzen. Selbst Minister Willi Stächele räumte vor den WRO-Gästen ein, dass ihm die ganze Tragweite des Nato-Gipfels lange nicht klar war. Auf vieles könne auch er keine Antwort geben. So habe der Schwanauer Schausteller Jürgen Hahn ihm gegenüber moniert, dass er im zeitlichen Umfeld des Gipfels seine Fahrgeschäfte weder auf- noch irgendwo abbauen kann.

Auch die erklärten Nato-Gipfel-Gegner werden immer ungehaltener. Ein Unding, dass noch immer nicht geklärt ist, wo die Camps errichtet werden, sagt etwa Dieter Rahmann. Es sei zu hoffen, dass den Gipfel-Gegnern frühzeitig Camp-Flächen zur Verfügung gestellt werden, die groß genug und nicht weit vom Ort des Geschehens entfernt sind: "Das würde frühzeitig zu einer Deeskalation beitragen." Rahmann war am Montag aus Rostock angereist, um –

zusammen mit anderen Kollegen – in Offenburg über Erfahrungen bei früheren Gipfeln zu berichten. Man könne nur hoffen, dass die Sicherheitskräfte mit Augenmaß vorgehen – und nicht wie in Heiligendamm, wo gegen 1700 Demonstranten (rund zehn Prozent aller) Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden. Dass lediglich drei Prozent der 1700 rechtskräftig verurteilt wurden, sei Beleg dafür, dass viele Ermittlungsverfahren willkürlich gemacht wurden. Rahmann pocht massiv darauf, dass das Demonstrationsrecht von Politikern und Sicherheitskräften respektiert wird.

Derweil meldete sich auch die Junge Union Ortenau zu Wort. Kreisvorsitzender Christian Dusch betonte, dass es unter den potenziellen Demonstranten eine gewaltbereite Gruppe gebe, den "Schwarzen Block", der "von unserem Bezirksverband mit Recht kritisiert wird".

Andererseits könne man nicht nachvollziehen, dass noch immer unklar sei, wer die immensen Kosten für Polizeieinsätze und Sicherungsmaßnahmen zu tragen hat: "Auf keinen Fall darf es sein, dass die Kosten bei den Kommunen und dem Land hängen bleiben."